

Kriminalität im Grenzraum Vorpommerns



Ein Working Paper der
RAA Mecklenburg-Vorpommern e. V.
im Rahmen des Projektes **perspektywa**

In Kooperation mit:



03.07.2012

„Kaum gestohlen, schon in Polen!“, so lautet ein bekannter Spruch in Deutschland, der ein gewisses Misstrauen gegenüber dem polnischen Nachbarn zum Ausdruck bringt. Doch entspricht das alte Bild vom polnischen Autodieb der heutigen Realität? Auf den ersten Blick schon: Seit 2009 steigt die Zahl der Einbrüche und Diebstähle in Mecklenburg-Vorpommern. Lachen können über solche Sprüche denn auch nur die Wenigsten. Viele Bewohner der vorpommerschen Grenzregion, ob aus Ahlbeck, Ueckermünde oder Pasewalk, sind beunruhigt und fühlen sich mit ihren Ängsten allein gelassen. Oft werden dann die Grenzöffnung 2007 und „der kriminelle weil arme Pole“ als Ursachen für den Kriminalitätsanstieg ausgemacht. Alte Vorurteile und Ängste werden weiter verstärkt und sogar politisch instrumentalisiert, vor allem durch die rechtsextreme NPD. Diese gewann mit ihrem teilweise polenfeindlichen Wahlkampf zur Landtagswahl 2011 im ehemaligen Landkreis Uecker-Randow fast fünfzehn Prozent der Stimmen.

Auch die lokalen Medien veröffentlichen regelmäßig Berichte über betroffene Unternehmer, denen Baumaschinen geklaut wurden; schreiben von Kommunalpolitikern, die polizeiliche Verstärkung vom Innenminister fordern oder über verzweifelte Polizeigewerkschafter, die über Überforderung klagen. Eine sachliche, lösungsorientierte Debatte wird in den seltensten Fällen angestrebt.

Der vorliegende Aufsatz verfolgt einen anderen Ansatz. Er liefert differenzierte Informationen zum Thema Kriminalität im Grenzraum Vorpommerns. Dazu gehört zunächst die Auswertung der polizeilichen Statistik hinsichtlich der Kriminalitätsentwicklung im Land. Außerdem werden Maßnahmen der Strafverfolgung und Prävention angeführt. Anschließend wird beleuchtet, wie in Brandenburg mit Kriminalität im grenznahen Raum umgegangen wird. Schließlich lassen wir den polnischen Botschafter Marek Prawda zu Wort kommen. Für ihn sind die Ursache und Lösung des Problems „Grenzkriminalität“ offensichtlich.

Das Projekt *perspektywa* der Regionalen Arbeitsstelle für Bildung, Integration und Demokratie (RAA) Mecklenburg-Vorpommern e. V. setzt sich mit polenbezogenen Ressentiments auseinander. Es hat zum Ziel, innerhalb und außerhalb der RAA Multiplikatoren in politischen, sozialen und wirtschaftlichen Bereichen für das Problem der Polenfeindlichkeit zu sensibilisieren und ihnen Möglichkeiten aufzuzeigen, wie sie dagegen vorgehen können. Dabei liegt der Schwerpunkt auf dem Landkreis Vorpommern-Greifswald, der sich unmittelbar an der deutsch-polnischen Grenze befindet, in dem auch die rechtsextreme Szene besonders stark mit polenfeindlichen Ressentiments mobilisiert.

Niels Gatzke

Projektleiter perspektywa

Kriminalität im Grenzraum Vorpommerns

Die Kriminalitätslage in Mecklenburg-Vorpommern

Mecklenburg-Vorpommerns Innenminister, Lorenz Caffier (CDU), sagte im Februar 2012 gegenüber dem Nordkurier, dass für sein Land seit dem Wegfall der stationären Grenzkontrollen im Jahr 2007 „keine signifikante Verschärfung der Kriminalitätslage“ festzustellen ist.

Die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) der letzten Jahre bestätigt Caffiers Aussage: In Mecklenburg-Vorpommern ist die Kriminalität insgesamt zurückgegangen. Konkret sank die Zahl der Straftaten im Jahr 2011 um 0,8 Prozent im Vergleich zum Vorjahr 2010, von 2009 zu 2010 sank die Kriminalität sogar um 6,8 Prozent. Allerdings nahmen Wohnungseinbrüche und Autodiebstähle im Land zu. Betrachtet man jedoch die langfristige Kriminalitätsentwicklung, wird deutlich, dass die aktuelle Zahl dieser Straftaten deutlich unter den Werten der 1990er Jahre liegt.

Der Anteil nichtdeutscher Tatverdächtiger im Land hat 2011 zugenommen. Von 2010 auf 2011 ist hier ein Zuwachs um 9,4 Prozent zu verzeichnen. Auch in dem Fall lohnt sich der Vergleich mit früheren Jahren: Die von der PKS erfasste Anzahl der nichtdeutschen Tatverdächtigen im Zeitraum von 2002-2011 ist stark zurückgegangen, um insgesamt 18,0 Prozent. Nichtdeutsche Tatverdächtige machen unter den Gesamttatverdächtigen nur einen geringen Teil aus. 2011 besaßen 7,5 Prozent der Gesamttatverdächtigen in Mecklenburg-Vorpommern keine deutsche Staatsangehörigkeit. Zum Vergleich: Im Bundesdurchschnitt lag der Anteil nichtdeutscher Tatverdächtiger im Jahr 2010 bei 21,9 Prozent.

Die Ermittlungen der Polizei ergeben regelmäßig, dass im Grenzraum zahlreiche professionell ausgestattete Tätergruppen aktiv sind, die sich auf bestimmte Delikte spezialisiert haben. Dazu zählt insbesondere der Diebstahl von Buntmetallen, Bootsmotoren und Kfz(-teilen). Das Diebesgut wird in der Regel über Vorpommern nach Osteuropa verschoben, v. a. über die weniger kontrollierten Bundesstraßen. Vorpommern und Polen werden laut Polizei immer häufiger nur als Transitländer genutzt. Die Täter stammen aus Deutschland, aber auch aus Polen und anderen europäischen Ländern, etwa Litauen, Ukraine oder Russland. Ebenso gelten Belgien oder die Niederlande als Rückzugsländer für organisierte Verbrecher. Die Polizei erwischt oft nur die Handlanger und Kurier des Diebesguts; die großkriminellen, gut vernetzten Bandenchefs bleiben in der Regel unentdeckt.

Delikte, die aufgrund ihres geringen Sachschadens der Kleinkriminalität zuzuordnen sind, nehmen laut Polizeiangaben weiter ab. Dies hängt mit der ökonomischen Angleichung in der deutsch-polnischen Grenzregion zusammen: Das Einkommensgefälle zwischen beiden Ländern sinkt und die Möglichkeiten steigen, sich auf legalem Weg seinen Unterhalt zu verdienen.

Der Begriff „Grenzkriminalität“ ist demnach irreführend, da die Täter aus ganz Europa stammen und Diebstähle überall gleichermaßen begangen werden. Die Verschiebung der stationären Grenzkontrollen an die neuen EU-Außengrenzen seit 2007 nutzen die Kriminellen für ihre Zwecke, denn sie können ihre Beute nun sehr schnell aus bzw. über Deutschland und Polen in andere Länder bringen. *„Kaum gestohlen, schon durch Polen“* – so müsste es heutzutage besser heißen.

Strafverfolgung und Prävention

Für den Grenzraum in Vorpommern, von Usedom über Ueckermünde bis Pasewalk, ist auf Ebene der Landespolizei das Polizeipräsidium Neubrandenburg, mit der nachgeordneten Polizeiinspektion Anklam zuständig. Als Reaktion auf die zunehmenden Delikte im Grenzgebiet stockte das Präsidium im Jahr 2011 die Polizeikräfte in den betroffenen Gebieten auf. Dazu wurden Beamte der Landespolizei von anderen Stellen abgezogen und in die Grenzregion verlegt, v. a. auf die Insel Usedom.

Diese vereinzelt und zeitlich begrenzten Maßnahmen reichen nicht aus, sagen viele Anwohner, Kommunalpolitiker und Polizeigewerkschaftler. Mehr noch: Der Abbau des Polizeipersonals, v.a. im Zuge der Umstrukturierung im letzten Jahr, sei eine der Hauptursachen für die gestiegene Zahl der Straftaten im deutsch-polnischen Grenzraum.

Durch die „Polizeistrukturereform 2010“ wurden neun der siebzehn Polizeiinspektionen und drei Polizeidirektionen im Land geschlossen. Innenminister Caffier will an dem eingeleiteten Personalabbau bei der Landespolizei festhalten; eine dauerhafte personelle Aufstockung der Beamten im Grenzgebiet ist nicht zu erwarten. Auch die Bundespolizei (ehemals Bundesgrenzschutz), die für einen Streifen von dreißig Kilometern entlang der Grenze zuständig ist, hat ihre Kräfte in Vorpommern reduziert. Nach der Umstrukturierung im März 2008 wurden aus dem gesamten Bundesland vierhundert Beamte abgezogen. Die Gewerkschaft der Polizei kritisiert die Strukturreform: Die verbliebenen Polizisten könnten im dünnbesiedelten Vorpommern ihre personalintensiven Autobahnkontrollen und Polizeistreifen nur selten durchführen.

Gibt es trotzdem Maßnahmen, mit denen die Polizei auf die gestiegenen Kriminalitätszahlen reagierte? Die „Vereinbarung über die Zusammenarbeit der Bundespolizei, Landespolizei und Zollverwaltung in Mecklenburg-Vorpommern im Binnengrenzraum zu Polen“ regelt zum Beispiel die Kooperation der verschiedenen Polizeien. Die Vereinbarung wurde im Dezember 2007 getroffen und beinhaltet u. a. die Einrichtung einer Gemeinsamen Dienst Einheit Vorpommern (GDE VP) und einer Koordinierungsstelle (KOST) in Anklam.

Neben der Zusammenarbeit der innerdeutschen Polizeien ist die grenzüberschreitende Polizei-Kooperation ein wichtiger Schritt, um der Kriminalität entgegenzuwirken. Hohe Fahndungserfolge können die deutschen und polnischen Beamten des Gemeinsamen Zentrums der deutsch-polnischen Polizei- und Zollzusammenarbeit (GZ) Świecko verzeichnen. Östlich von Frankfurt (Oder), auf dem ehemaligen Autobahn-Grenzübergang Świecko, beantworten die

64 Mitarbeiter des GZ rund um die Uhr Anfragen ihrer Kollegen, z. B. über Zigaretten- und Rauschgiftschmuggel, Diebstähle und Betrug.

Zur Prävention von grenzüberschreitender Kriminalität haben das Landeskriminalamt und die Wojewodschaftspolizei in Szczecin (Stettin) außerdem das Projekt „Sicherheit im Nachbarland“ entwickelt. Es zielt darauf ab, die Kriminalitätsängste bei den Besuchern im jeweils benachbarten Land abzubauen und die Aufmerksamkeit von Touristen während des Urlaubs zu erhöhen. Dafür wurden Themenfaltblätter auf Polnisch und Deutsch erarbeitet, eine mehrsprachige Internetseite (www.sicherheit-im-nachbarland.de) und eine deutsche Servicehotline in Polen eingerichtet. Diese Materialien informieren über Notrufnummern, Ansprechpartner und Verhaltensabläufe.

Exkurs: Kriminalität im Grenzraum Brandenburgs

Wie Mecklenburg-Vorpommern ist Brandenburg ein dünn besiedeltes Flächenland, das im Osten an Polen grenzt. „Grenzkriminalität“ ist auch hier ein viel diskutiertes Thema: Rund hundert Unternehmer aus Brandenburg machten Anfang 2012 auf den wirtschaftlichen Schaden aufmerksam, der ihnen durch die gestiegene Zahl an Diebstählen entsteht; vor allem Bau- und Landmaschinen, Fahrzeugteile und Dieselmotorkraftstoff werden gestohlen. In ihrer Petition an den Ministerpräsidenten Brandenburgs, Matthias Platzeck (SPD), forderten die Unternehmer, die Polizeipräsenz an den ehemaligen Grenzübergängen zu verstärken.

Ministerpräsident Platzeck reagierte und versprach, die Soko „Grenze“ aufzustocken. Deren mittlerweile neunzig Beamte unterstützen seit November 2010 die Polizisten im Grenzbereich bei der Strafverfolgung. Ähnlich wie in Mecklenburg-Vorpommern sind in Brandenburg hauptsächlich international agierende Autoschieberbanden am Werk. Diese bringen ihr Diebesgut in der Regel von Westen über Brandenburg und Polen bzw. teilweise weiter über Litauen und Lettland in Länder Osteuropas, vor allem in die Ukraine, nach Weißrussland und Russland. In Polen selber bestehen, ebenso wie in der gesamten Europäischen Union, strenge Zulassungsbestimmungen für Pkw. Wer sein Auto hier zulassen möchte, muss z. B. nachweisen, dass er das Auto rechtmäßig erworben hat.

Zusätzlich veranlasste Platzeck, dass drei Polizeihundertschaften für drei Monate in Grenznähe stationiert werden. Der brandenburgische Ministerpräsident Platzeck und der Innenminister Dietmar Woidke (SPD) engagierten sich für Maßnahmen gegen die Kriminalität im Grenzgebiet. Sie initiierten 2011 und 2012 eine Reihe gemeinsamer Gespräche und Maßnahmen mit den benachbarten polnischen Polizeibehörden. Ende Februar 2012 beschlossen beide Seiten, die gemeinsamen Polizeistreifen zu verstärken und einen direkten Funkverkehr zwischen ihren Streifenwagen zu ermöglichen. Vorbild für Vorpommern könnte auch das EU-Projekt „Im Tandem gegen die Grenzkriminalität“ sein, das seit mehreren Jahren gemeinsame Fortbildungen brandenburgischer und polnischer Polizeibediensteter fördert.

Neben ihrer personellen Verstärkung setzt die brandenburgische Polizei vermehrt auf Diebstahl-Prävention. Als erste Landespolizei hat sie eine Art künstlicher DNA eingeführt, ein milchiges Gel, das Autobesitzer an Teilen ihres Fahrzeuges anbringen. Das Gel enthält eine

künstlichen Fingerabdruck sowie eine individuelle Nummer, die dem Autobesitzer zugeordnet wird. Dieses Mittel soll es den Polizeibeamten erleichtern, gestohlene Autos oder einzelne Fahrzeugteile nachzuverfolgen.

Zuverlässig sind auch Reflektor-Aufkleber, die derzeit in Brandenburg getestet werden. Autohalter, die ihr Fahrzeug nachts nicht nutzen, befestigen stark reflektierende Aufkleber in ihren Wagen. Diese fordern die Polizei zu Kontrollen auf. Die Methode stammt von der Stettiner Polizei und wird als erfolgreich bewertet, da die Entfernung der Aufkleber den Autodiebstahl für Kriminelle erheblich verzögert.

Der Exkurs Brandenburg zeigt, welche Möglichkeiten regierende Politiker haben die Ängste der Menschen in der Region ernst zu nehmen und entsprechend zu handeln. Dabei dienen die kurzfristig eingeleiteten Maßnahmen in erster Linie dazu, das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung wieder herzustellen; das ist eine wichtige Aufgabe der Regierungspolitik eines Landes. Zu wünschen ist, dass die Aktionen darüber hinaus die Kriminalität im Grenzraum langfristig eindämmen. Das werden die Evaluierungen und Statistiken der nächsten Monate zeigen müssen.

Eigenverantwortung und Prävention

Angeheizt wurde die Diskussion über „Grenzkriminalität“ durch Äußerungen des polnischen Botschafters in Deutschland, Marek Prawda. In einem Interview Anfang Januar forderte er mehr Prävention seitens der deutschen Bevölkerung und Polizei um Diebstähle in ihrem Land zu verhindern.

Prawda spricht aus Erfahrung: Die polnische Polizei hat in den vergangenen zehn Jahren verstärkt auf Prävention gesetzt und dadurch die Zahl gestohlener Pkw drastisch senken können. 1999 waren es noch 72.000 Autos, die in ganz Polen als gestohlen gemeldet wurden. Lediglich 16.500 Autos wurden im Jahr 2010 registriert. In der Region um Stettin gibt es die gleiche Entwicklung. Vor zwölf Jahren wurden noch 4.000 Autos als gestohlen gemeldet; im vergangenen Jahr lediglich 562 Fahrzeuge. Diese Erfolge sind, so Prawda, vor allem auf die Präventionsarbeit der Polizei seines Landes zurückzuführen. Um auch auf der deutschen Seite die Kriminalität einzudämmen und Diebstähle zu erschweren, müssten ähnliche Maßnahmen flächendeckend eingeführt werden. *„Vielleicht ist es ja noch zu einfach, in Deutschland Autos zu stehlen“*, so lautet der später vielzitierte Satz aus dem Interview der Märkischen Oderzeitung, der besonders bei brandenburgischen Polizeigewerkschaftern Empörung hervorgerufen hat.

In Polen kommen neben reflektierenden Aufklebern eine Vielzahl moderner Instrumente zum Einsatz, die Diebstähle erschweren. Bei der Auto-Zulassung müssen Eigentümer zum Beispiel nachweisen, woher sie das Auto gekauft haben. Auch die Autoindustrie hat nachgezogen und den technischen Diebstahlschutz ausgebaut. Baumaschinen müssen, so die Vorgaben der Versicherungen, registriert und ausreichend gesichert werden; Buntmetalle werden durch Hologramme gekennzeichnet. Solche Maßnahmen sind auch für die deutsche Seite denkbar und sollten bei der Behebung des Problems „Grenzkriminalität“ berücksichtigt werden.

Marek Prawda setzt sich außerdem dafür ein, die Kooperation zwischen der deutschen und polnischen Polizei zu verstärken. Wichtig sei es generell, die nationale Perspektive zu verlassen und sich der europäischen Dimension des Themas bewusst zu machen. Neue Methoden und Ansätze in der deutsch-polnischen Zusammenarbeit könnten schließlich Modellcharakter entwickeln für bilaterales Teamwork in anderen europäischen Grenzregionen.

Die Auswertung der Polizeilichen Kriminalstatistik für Mecklenburg-Vorpommern ergibt, dass die Zahl der Diebstähle und Wohnungseinbrüche im Land seit 2009 leicht zugenommen hat, jedoch noch weit unter den Werten der 1990er Jahre liegt.

Der Anteil von kleinkriminellen Straftaten ist rückläufig; in der Regel sind im Grenzraum hochprofessionelle internationale Banden aktiv. Sie klauen Pkw, Baumaschinen und andere teure Technik um sie nach Polen und in andere Länder zu bringen. Der überwiegende Teil der Tatverdächtigen besitzt die deutsche Staatsbürgerschaft; unter den nichtdeutschen Tatverdächtigen machen Polen ein Viertel aus, hinzukommen Täter anderer Nationalitäten. Die Frage nach der Staatsbürgerschaft der Tatverdächtigen ist angesichts einer – auch unter Kriminellen - voranschreitenden Globalisierung allerdings wenig zielführend. Allen Beteiligten dürfte klar sein, dass Kriminalität nichts mit nationaler Herkunft zu tun oder anders gesagt, dass das kriminelle Potenzial einer Person nicht durch seine Nationalität beeinflusst wird. Die Kriminalität an der vorpommerschen Grenze ist demnach kein deutsch-polnisches, sondern ein europäisches Problem. Es kann nur durch eine europaweite polizeiliche Zusammenarbeit und intensivere Präventionsmaßnahmen gelöst werden kann.

Bereits heute arbeitet die Polizei in Vorpommern eng mit ihren polnischen Kollegen zusammen. Für verstärkte Kontrollen an Autobahnen und Bundesstraßen sind jedoch weitere Beamte notwendig. Darüber kann allein das Innenministerium entscheiden. Wichtig ist, dass die Politiker nun die Ängste der Menschen in der Region ernst nehmen und entsprechend handeln. Antidemokratische Parteien dürfen sich bei dem Thema nicht als „Helfer in der Not“ darstellen können. Das gelingt der NPD in Mecklenburg-Vorpommern leider immer noch.

Gleichzeitig sollten die Verantwortlichen in Politik und Medien deutlicher darstellen, welche Chancen die offene Grenze für jeden Einzelnen birgt: Reisefreiheit, Arbeitnehmerfreizügigkeit, die Ausbreitung von Wohlstand und eine friedliche Nachbarschaft sind Vorzüge, von denen gerade die Bewohner in der bislang marginalisierten, strukturschwachen Region Vorpommerns profitieren.

Literatur und Quellen

Zeitungen & Rundfunk

Berliner Zeitung:

Brandenburg. Hunderte Polizisten an die Grenze, 23.12.2011, <http://www.berliner-zeitung.de/berlin/brandenburg-hunderte-polizisten-an-die-grenze,10809148,11346902.html> (letzter Zugriff am 23.02.2012)

Deutsch-polnische Grenze. Grenzkriminalität stürzt Firmen in die Krise, 02.01.2012, <http://www.berliner-zeitung.de/brandenburg/deutsch-polnische-grenze-grenzkriminalitaet-stuerzt-firmen-in-krise,10809312,11379230.html> (letzter Zugriff am 23.02.2012)

Märkische Oderzeitung: MOZ-Interview mit Polens Botschafter. „Autodiebstahl in Deutschland zu einfach“, 02.01.2012, <http://www.moz.de/nachrichten/brandenburg/artikel-ansicht/dg/0/1/1003106/> (letzter Zugriff am 29.02.2012)

Nordkurier: Grenzkontrollen. Polizei verstärkt erneut Präsenz, 08.02.2012, <http://www.nordkurier.de/cmlink/nordkurier/nachrichten/mv/polizei-verstaerkt-erneut-prasenz-1.387416> (letzter Zugriff am 23.02.2012)

RBB Online: Grenzkriminalität. Polizei will deutsch-polnische Streifen verstärken, 28.02.2012, http://www.rbb-online.de/nachrichten/politik/2012_02/gespraech_ueber_grenzkriminalitaet.html (letzter Zugriff 29.02.2012)

Tagesspiegel: Grenzkriminalität. Kurzer Grenzverkehr zwischen Polen und Deutschland, 29.01.2012, <http://www.tagesspiegel.de/berlin/brandenburg/grenzkriminalitaet-kurzer-grenzverkehr-zwischen-polen-und-deutschland/6123950.html> (letzter Zugriff am 29.02.2012)

DIE ZEIT Online: Die Auto-Mafia in Ostdeutschland, 30.01.2012, <http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2012-01/autodiebstahl-uckermark-polen> (letzter Zugriff am 21.02.2012)

Polizei

Bund Deutscher Kriminalbeamter Landesverband Mecklenburg-Vorpommern: Hat Mecklenburg-Vorpommern die Bedeutung der Grenzkriminalität erkannt?, 12.02.2012, <http://www.bdk.de/lv/mecklenburg-vorpommern/aktuelles/hat-mecklenburg-vorpommern-die-bedeutung-der-grenzkriminalitaet-erkannt> (letzter Zugriff am 21.02.2012)

Landeskriminalitätsamt Mecklenburg-Vorpommern:

Grenzüberschreitende Kriminalität und Strafverfolgung – Polizeiliche Prävention, Vortrag des Dezernatsleiter „Kriminalitätsanalyse“, Ralf Montag, bei der Kriminalpräventiven Beratungsbörse in Heringsdorf (Usedom) am 26. November 2011

Polizeiliche Kriminalstatistik für das Land Mecklenburg-Vorpommern (PKS) 2010, http://www.polizei.mvnet.de/cms2/Polizei_prod/Polizei/de/start/_Informationen/Statistiken/index.jsp (letzter Zugriff am 29.02.2012)

Sonstiges

Botschafter der Republik Polen, Dr. Marek Prawda: Vortrag über „Polen und Deutschland angesichts der europäischen Herausforderungen“ in der Humboldt-Viadrina School of Governance am 28.02.2012

Ministerium für Inneres und Sport Mecklenburg-Vorpommern: Polizeistrukturereform 2010, 27.01.2009, http://www.regierung-mv.de/cms2/Regierungsportal_prod/Regierungsportal/de/im/?&pid=11899 (letzter Zugriff am 29.02.2012)

Ministerium des Inneren Brandenburg: Zahl der Straftaten und Gewaltkriminalität in Brandenburg auf bisherigem Tiefstand, 29.02.2012, <http://www.mi.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.281847.de> (letzter Zugriff am 29.02.2012)

Ministerium des Inneren Brandenburg: Gemeinsam gegen Kriminalität: Deutsche und polnische Sicherheitsbehörden bauen Kooperation weiter aus, 11.01.2012, <http://www.stk.brandenburg.de/sixcms/detail.php/bb1.c.276555.de> (letzter Zugriff am 29.02.2012).

Autorin: Katja Wegner

Katja Wegner ist studierte Kommunikations- und Politikwissenschaftlerin. Als freiberufliche Journalistin schreibt sie über Themen wie die polnisch-deutschen Beziehungen und die Politik der Europäischen Union. Außerdem leitet sie als „perspektywa-Expertin“ Seminare und Workshops zum Thema polenbezogene Ressentiments in Mecklenburg-Vorpommern.



perspektywa

möchte für abwertende Stereotype und Wahrnehmungen von Polen sensibilisieren und Handlungssicherheit im Umgang mit polenfeindlichen Einstellungen vermitteln. Ziel von *perspektywa* ist es, eine langfristige, beständige und aktive Auseinandersetzung mit dem Problem der Polenfeindlichkeit anzuregen. In diesem Sinne erarbeitet das Projekt Bildungsangebote und Informationsmaterialien zu Entstehung, Wirkungsweisen und Funktionen von Polenfeindlichkeit. Darüber hinaus wird Wissen über das Land Polen und seine Bewohnerinnen und Bewohner vermittelt und damit das Interesse am östlichen Nachbarland Deutschlands gestärkt.

perspektywa

greift das Problem polenbezogener Ressentiments in Mecklenburg-Vorpommern auf.

perspektywa

sensibilisiert für bestehende Stereotype über Polen.

perspektywa

schafft Handlungssicherheit im Umgang mit Polenfeindlichkeit.

perspektywa

wird von der Regionalen Arbeitsstelle für Bildung, Integration und Demokratie (RAA) Mecklenburg-Vorpommern e. V. in Kooperation mit der Amadeu Antonio Stiftung durchgeführt und durch das Bundesministerium des Innern im Rahmen des Bundesprogramms „Zusammenhalt durch Teilhabe“ sowie die Freudenberg Stiftung gefördert.

Kontakt

RAA Mecklenburg-Vorpommern e. V.
perspektywa
Am Melzer See 1
17192 Waren (Müritz)

Niels Gatzke, Bettina Bork
Telefon +49 (0) 39 91 - 66 96 - 20
Fax +49 (0) 39 91 - 66 96 - 11
E-Mail perspektywa@raa-mv.de
Internet www.raa-mv.de
www.perspektywa.de

Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

FREUDENBERG
STIFTUNG

